

Humanistische Union

Antifaschismus als Grundtorheit unserer Epoche?

Zu Risiken und Nebenwirkungen der „wehrhaften Demokratie“

aus: vorgänge Nr. 124 (Heft 4/1993), S. 38-53

Da schreibt jemand über Rechtsextremismus: »Hier entwickelt sich ein potentieller politischer Faktor, der von vielen als unheimlich empfunden wird. Allerdings gibt es bestimmte Interessengruppen, denen daran liegt, die 'faschistische Gefahr' aufzubauchen. Hierher sind vor allem linksradikale Kreise zu rechnen." (1967: 87) [1] Man stutzt. Irgendwie ist das Thema verrutscht. Neuer Versuch. Wenn der Rechtsextremismus heute Chancen hat, so deswegen, weil er auf nicht demokratische Traditionen zurückgreifen kann. Aber auch in einer anderen Hinsicht kann er Bedeutung gewinnen. Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung machen sich die rechtsextremen Erscheinungen zunutze, um unter dem Vorwand des Antifaschismus die Bundesrepublik und ihre Ordnung zu bekämpfen." (1988a: 94) Letzter Anlauf: „Der Rechtsextremismus ist organisatorisch schwach und hat seit 1968 bei Wahlen nur minimale Erfolge erzielen können. Seine Bedeutung scheint nur in den Vorstellungen seiner Gegner zu liegen, die sich aber des rechtsextremen Schreckbildes oft nur zur Ablenkung bedienen." (1992a: 92)

Da hat offenbar ein ehemaliger Rechtsextremismusforscher — Hans-Helmuth Knütter — sein eigentliches Lebensthema gefunden. Nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ und inmitten marodierender, dem Neonazismus nicht fernstehender fremdenfeindlicher Banden, folgt die völlige Konzentration des Autors auf Publikationen, die die „Reparatur der geistig-moralischen Verheerungen“ durch den Antifaschismus anstreben.

Antifaschismus als Destabilisierung der Bundesrepublik

Knütter ist nicht der erste und einzige Kämpfer gegen den „lähmenden, selbstmörderischen Antifaschismus“ (1988b: 138) — er nimmt die Fäden der traditionellen rechtsradikalen und ultrakonservativen Kritik an der „Vergangenheitsbewältigung“ auf, aber verknüpft sie auf eine spezifische Weise und in geradezu obsessiver Beharrlichkeit mit Antikommunismus, Ressentiments gegen die Weltkriegs-Alliierten und den Frustrationen über liberale Strömungen in den Unionsparteien. Die Hauptthesen der seit Mitte der achtziger Jahre unzähligen Aufsätze und Kommentare Knüters in Sachen „Antifaschismus“ lauten: Die Linke übertreibt die rechtsradikale Gefahr — durch Großreden kleiner Zirkel sowie durch exzessive Vorwürfe gegen konservative Personen und Positionen. Im systematischen Faschismusverdacht gegen Demokraten und Demokratien wird stillschweigend eine sozialistische Position mit popularisiert. Die antitotalitäre Ausrichtung der Bundesrepublik und des Grundgesetzes wird umgebogen zu einer einseitig antifaschistischen Interpretation; durch diese Umwertung zu einem »ideologischen Volksfrontkitt“ (W. Rudzio) wird die Gemeinsamkeit der Demokraten zersetzt. Antifaschisten spielen damit auch das Spiel auswärtiger Mächte, die Deutschland aus interessenpolitischen Gründen auf Dauer gern „im Schatten des Nationalsozialismus“ halten wollen und nationale Normalität zu verhindern trachten — der Rechtsradikalismus in anderen europäischen Ländern wird verharmlost. Weil die antifaschistische Linke intelligenter, selbstbewußter, besser organisiert und medienpräsender als die Rechte ist, ist die Linke gefährlicher — die Destabilierungsversuche treffen auf »Verfall, Feigheit, Konzeptionslosigkeit, Wertunsicherheit“ (1987b: 68). Diese Gefahr wird sträflich unterschätzt, weil nach 1968 eine allgemeine »Aufweichung“ und Verunsicherung in Gesellschaft und Institutionen eingesetzt hat, die die subversiven

Absichten der antifaschistischen Linken ignorieren.

Knüppers neuere Ausführungen zum Problem des Antifaschismus in Deutschland sind vom Zusammenbruch der DDR inspiriert, von der Verlogenheit ihrer Staatsideologie und von den Versuchen, auf historischem und aktuellem Antifaschismus minimale Legitimationen und Rückzugspositionen kommunistischer Ideen und stalinistischer Herrschaftstechniken zu begründen. Zur Erinnerung: auch die undogmatischste West-Linke war bis mindestens 1989 stets bereit, der DDR den Kredit des »Immerhin mit dem Faschismus haben sie gründlich aufgeräumt" einzuräumen — eine Einschätzung, die der Empirie stalinistischer Repression und Indoktrination in der DDR sowie der Ereignisse in der Nach-Wende-Zeit nicht gerecht wird. Und: Die PDS, Nachfolgeorganisation der SED, hat in der Tat den sehr durchsichtigen Versuch gemacht, schon die leisen Regungen neonazistischer oder neonazistisch kostümierter Provokationen Ende 1989 auf die Mühlen ihres wenig veränderten Politikverständnisses zu lenken. (1991a: 18f) In der Kritik solcher Tendenzen, in denen sich der Antifaschismus in Deutschland allerdings nicht erschöpfte, hat Hans-Helmuth Knütter ohne jeden Zweifel recht; auch das Problem leichtfertiger Faschismus-Rhetorik bei Teilen der Linken ist nicht seiner Phantasie entsprungen. [2]

Doch sind ihm die politischen Gewichte und Maßstäbe im Laufe seines Forscherlebens heftig durcheinander geraten. Schlimmer noch: Eine in Terminologie und Argumentationsfiguren zutage tretende Annäherung an die von ihm selbst früher zutreffend analysierten Muster rechtsradikalen Denkens ist unübersehbar. So pflegt er im Gegenangriff auf die von ihm bekämpfte „Kulturrevolution“ nach 1968 auf eine dichotomische Begrifflichkeit zurückzugreifen; sein Übergang von der Schelte der intellektuellen Linken hin zur These, daß seit 1984 / 85 „ein ununterbrochener Strom ‚antifaschistischer‘ Bewältigungspropaganda auf die Bürger der Bundesrepublik Deutschland“ einprasselte (1991b: 8) [3], verrät einen auffälligen Schwund an Berührungängsten. Vielerlei Anzeichen sprechen für eine Desensibilisierung als professionelle Deformation, aber der Reihe nach ...

Zur Anamnese einer Immunschwäche

Hans-Helmuth Knütter, geboren 1934, hat sich nach seiner Studienzeit in Berlin an der Schule des Bonner Zeithistorikers und Politologen Bracher orientiert und seine ersten wissenschaftlichen Meriten mit Arbeiten zur Geschichte und Ideologie politischer Parteien und Ideologien erworben. So bot z.B. seine Dissertation eine materialreiche und kundige Analyse der verqueren Lernprozesse Rechtsradikaler im ersten Nachkriegsjahrzehnt, ihrer halben und taktischen Abgrenzungen vom Nationalsozialismus, der Mentalitäten und Argumentationsweisen der beteiligten Generationen. Sein damaliges Fazit: der Rechtsradikalismus habe mangels eines angemessenen Verständnisses moderner Gesellschaften keine Theorie, sondern lediglich antidemokratisches Ressentiment zu bieten; durch Aussterben der vom Nationalsozialismus geprägten Generation werde sich das Problem größtenteils von selbst erledigen, und zukünftiges Unbehagen in der moderner Gesellschaft werde andere Ausdrucksformen finden. (1961)

Neben Arbeiten zum Verhältnis von Linksparteien und Judentum wie Antisemitismus (1965, 1971) folgen immer wieder Berichte, Überblicksdarstellungen und Einzelanalysen zu diesem Feld. Er diagnostiziert zutreffend die antiliberalen und antipluralistischen Züge rechtsextremen Denkens, den Hang zu Intellektfeindlichkeit

und Elitismus; auch die ersten „Modernisierungen“ des rechten Lagers in den sechziger Jahren entgehen ihm nicht. (1966b, 1967, 1981) Besonders bemerkenswert angesichts heutiger Positionen ist eine Analyse von 1966: die rechtsradikale Kritik demokratischer Institutionen fuße auf der Angst vor Chaos und Labilität; „parteilichter Kuhhandel und egoistische Einstellung«, die „Überbetonung der Freiheit“ würden als Phänomene der Auflösung interpretiert, und die Ursache der autoritären Rezepte dagegen sei »eine tiefgehende Unsicherheit angesichts des komplizierten und dem einzelnen unverständlichen politischen Geschehens«

(1966a). Diese Topoi kehren später wieder — allerdings nicht als kritische Einwände, sondern als Gegenwartskritik des Autors. Aus heutiger Sicht ist allerdings auch erwähnenswert, daß die Kritik des Rechtsradikalismus bei Knütter damals in der (Bonner) Tradition eines „ausgewogenen“ Antitotalitarismus verblieb, also die „linke Gefahr« nie mitzunennen vergaß, und daß diese Kritik objektive Wirkungen rechtsradikaler Forderungen ins Visier nahm, um gleichzeitig subjektiv lautere Motive mindestens als möglich zu unterstellen.

Totalitarismus und kämpferische Demokratie

Das argumentative Bindeglied zwischen den Themen „Rechtsextremismus« und „linksextremistischer Antifaschismus“ ist für Knütter das Totalitarismus-Paradigma. Problematik und Geschichte dieses Begriffs sollen hier nicht diskutiert werden, die in den vergangenen zwanzig Jahren vorherrschende Tabuisierung kann aber als erledigt gelten. In der Nachfolge Karl-Dietrich Brachers und antifaschistischen Interpretationen etwa Wolfgang Abendroths entgegnet Knütter in vielen Publikationen (z.B. 1989) auf dem antitotalitären und streitbaren Gehalt des Grundgesetzes; neben der seines Erachtens vernachlässigten geistigen Auseinandersetzung bedarf die bundesdeutsche Demokratie auch ihrer wenig genutzten praktischen Abwehrinstrumente. Nun ist unbezweifelbar, daß die Mitglieder des Parlamentarischen Rates ihrer Überzeugung, daß der Legalitätstaktik von Demokratiegegnern begegnet werden müsse, im Grundgesetz Ausdruck verliehen haben, indem sie z.B. die Grundrechte in ihrem „Wesensgehalt“ den Parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen entzogen und Instrumente der Grundrechtsverwirkung sowie des Parteien- und Organisationsverbots schufen. Aber es hieße die Geschichte der westdeutschen Republik verfälschen, wollte man verkennen, daß diese Regelungen immer im Kontext anderer verfassungspolitischer Grundentscheidungen und tagesaktueller Opportunitäten interpretiert wurden. „Jenseits der Frage der Praktikabilität erhebt sich das begriffliche Dilemma, eine Demokratie zu denken, die die ihr wesenseigenen Rechte und Freiheiten gleichsam unter Ansehung der Person gewährt oder versagt, eine Demokratie also zu denken, die ihrem Elementargrundsatz, der Mehrheitsentscheidung des Volkes, aus Selbsterhaltungsgründen die Anwendung zu versagen bereit ist. Weitgehende Handhabung der Schutzbestimmungen könnte eine Erstarrung des politischen Lebens zur Folge haben. Ja, es könnte einmal eine bestimmte Herrschafts- und Gesellschaftsform in begriffsverengender, zweckbetonter Selbstidentifizierung mit ‚freiheitlich-demokratischer Grundordnung‘ sich stabilisieren und verabsolutieren.“ [4]

Von solchen Zweifeln und Selbstbegrenzungen sind Knüppers politische Forderungen nicht angekränkt — die Konfliktlinien zwischen Wehrhaftigkeit, Demokratiegebot und Rechtsstaatlichkeit werden von ihm entweder ignoriert oder lediglich als Demokratiegefährdung durch die antifaschistische Linke wahrgenommen: „In der Gegenwart erleben wir, daß unter dem Vorwande des Antifaschismus durchaus Tendenzen vorhanden sind, die durch einen vermeintlichen ‚Faschismus‘ bedrohte Freiheit einzuschränken, da den angeblichen ‚Faschisten‘ Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Berufswahl nicht gewährt werden sollen.“ (1989: 73) Die moralische, wenig faßbare „Fundamentalnorm“ des Antifaschismus sei zum „Ausufern“ prädestiniert: „Statt zu reinigen, vergiftet sie die politische Atmosphäre, so wie ein im Übermaß eingenommenes Medikament statt Heilung Krankheit bewirkt.“ (1987a: 365)

Die „streitbare Demokratie“ sei — so lautet die Analyse — untergegangen in einem Sturm entfesselter Liberalität: Seit 1950 gebe es eine "fortlaufende Entwicklung vom Bilde des starken, selbstbewußt demokratischen Staates hin zu mehr Individualrechten", Rigorosität und Extensität seien im Staatsbewußtsein und Staatsschutz der Bundesrepublik seit den Anfangsjahren bis zur Selbstaufgabe geschrumpft — den Zeiten, als „Angriffe gegen den seinerzeitigen Verteidigungsminister Strauß als Verunglimpfung eines Staatsorgans“ galten, trauert der Autor kaum verhohlen nach. (so 1987a. 83, 1989: 86, 1991c: 33) Seit den sechziger Jahren werde diese Tendenz immer stärker — der Einfluß der APO-Revolution habe die Gemeinsamkeit der Demokraten weitgehend zersetzt. „Während man bis dahin der Regierung

nichts Übles zugetraut hatte, gab es nunmehr nichts Übles mehr, was man ihr nicht zugetraut hätte." Und in einer Reihung von Notstands-Opposition, Studentenbewegung, Anti-AKW Bewegung, Startbahn-West-Auseinandersetzung, Widerstand gegen maschinenlesbare Personalausweise und Volkszählung und NATO-Kritik passieren im trauten Bündnis mit dem RAF-Terror fast alle politischen und sozialen Bewegungen der BRD-Geschichte Revue — als Phänomene des Zerfalls und Instrumente der Unterwanderung, versteht sich (1989a: 28f). In der Fassungslosigkeit über all die Entgrenzungen, die ihm aus diesen Milieus entgegenschlagen, und im absurden Versuch, solche Potentiale auf die alten staatschützerischen Flaschen von Organisationen, Einflußpolitik und Blockkonfrontation zu ziehen, äußert sich möglicherweise die Kränkung, die der Verlust des Parteienmonopols auf Politik auch für manche Politologen enthielt; im Rückgriff auf die dichotomischen Extremismus-Schemata liegt der notdürftige Halt einer solchen "wissenschaftlich drapierten innerstaatlichen Feinderklärung". [5]

"Der Hedonismus ist das gelebte Nein zum Kollektiv" (1992b: 76)

Der Zeitgeist, dem das Zurückweichen vor all diesen Herausforderungen laut Knütter geschuldet ist, ist also im wesentlichen an der Chiffre "1968" festzumachen: "in Folge der kulturevolutionären Bewegung der späten 60er Jahre" (1989: 79) werden Rechtsbrüche geduldet, verfassungsfeindliche Organisationen unbehelligt gelassen, das Strafrecht durchlöchert und Begriffe umgepolt. Es entzieht sich unserer Kenntnis, welche biografischen Schocks H.H. Knütter um 1968 im einzelnen ereilt haben, aber daß er von diesem Datum aus sämtliche Feindbilder seiner politischen Publizistik neu gruppiert, daß die hier ausgemachte Veränderung der Bonner Republik zu einem seiner „heimlichen Themen" wurde — gleichgültig worüber Knütter gerade schreibt —, ist an allen seinen Veröffentlichungen seit den siebziger Jahren zu belegen: ohne eine Philippika gegen „hedonistische Lebenseinstellung", Psychoanalyse und sexuelle Enthemmung, den fundamentalen „Wertewandel — fort von harten, asketischen, Opfer und Verzicht fordernden Werten hin zu hedonistischen, auf Selbstverwirklichung gerichteten Vorstellungen" geht es nirgendwo mehr ab. Linke Intellektuelle, deren Denken und Psyche er feinfühlig von denen der sozialistischen Organisationen unterscheidet und die aus seiner Sicht eine Meinungsführerschaft gegen das Volk beanspruchen, provozieren ihn zu folgendem Ausfall: "Alles, was mit Nation, Staat, Volk, Reich, Preußen, Obrigkeit, Opfermut, Hingabe, Ordnung, Disziplin zu tun hat, erscheint als rechts bis zum ‚Faschismus'. Der ganze Widerwille einer hedonistisch auf Selbstverwirklichung und Individualrechte eingestellten Schicht richtete sich gegen diese Mentalität." (1991c: 153f)

Wie schon bei den Rechtsradikalismus-Analysen verschwimmt hier manches — immer öfter passiert Knütter die „Jenninger-Grenze", wieder und wieder fragt man sich, wer da gerade wie von "Volk", „Reich", „auf straffe Staatsdisziplin Opfer bis hin zum Tod beruhenden Werten" usf. spricht: Rollenprosa und eigene Positionen werden ununterscheidbar. Die Rage geht so weit, daß ihm regelmäßig die Positionen und Experimente der APO-Generation mit denen der Werbewirtschaft („Genuß ohne Reue") durcheinander purzeln und notfalls auch Slogans der Neuen Linken á la „Eigennutz geht vor Gemeinnutz" schlecht imaginiert werden. (vgl. 1988a: 84 und 1992a: 83) An der vom „Gegner" betriebenen Ideologiekritik allerdings — ansonsten auch ein beliebter Gegenstand konservativer 68er-Schelte — findet Knütter mehr Gefallen: ein vom ihm mitverantwortetes Schulbuch versucht sich an einer Gebrauchsanweisung und Popularisierung, und im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit dem Delikt der "Deutschfeindlichkeit" exerziert der Autor vor, wie man die staatstragenden Ideen der Völkerfreundschaft und Bündnistreue anhand des sonst (z.B. im Kontext der angeblichen „Konfliktpädagogik") als zersetzend eingeschätzten Kriteriums „cui bono?" destruieren kann. [6]

"Ein ununterbrochener Strom antifaschistischer Bewältigungspropaganda" (1991b: 8)

Auch die Kritik an der „Bewältigung" der nationalsozialistischen Verbrechen ist zum Generalbaß der Knütterschen Melodien geworden; nach seiner Lesart gab es nach 1945 mehrere — meist von ausländischer Kritik und DDR-Regie inspirierte — Wellen übertriebener Selbstkritik. „Angesichts mancher widerwärtiger Begleiterscheinungen des Jahres 1985" [7] (was sonst als die Weizsäcker-Rede zum Jahrestag des Kriegsendes kann hier gemeint sein?) und mit dem Historikerstreit erkennt er einen neuen Aufschwung des

„Nationalmasochismus“, der Politik und Parteien der Bundesrepublik vielfältiger Manipulation und Erpressung aussetzt, den »Gefühlsozialisten“ die moralische Hegemonie sichert und den abgehalfterten DDR-Eliten einen Rest-Schutz vor Verfolgung einbringt. Daß LokalhistorikerInnen und Institutionen wie die Bundesbahn das „dunkle Kapitel“ der deutschen Geschichte nunmehr nicht länger verstecken, sichert ihnen Knütters Häme. (vgl. 1988a: 72ff und 1991b: 8f) Ausdrücklich wird diese Kritik auch in die gesamte bundesrepublikanische Geschichte zurück projiziert - er bemüht sich um die Wiederbelebung der Ende der vierziger Jahre in der CDU noch vorhandenen »Einsicht, daß der Linken Antifaschismus und Entnazifizierung als Vorwand für gesellschaftspolitische Ziele dienen“ (1992a: 86) Die Versuche der Bundesregierungen der fünfziger Jahre, „deutschfeindliche“ Filmproduktionen im Ausland zu verhindern und die 1956 diplomatisch erpresste Absetzung des Alain Resnais-Films „Nacht und Nebel“ auf den Filmfestspielen von Cannes werden als durchaus diskutabel, wenn nicht angemessene Mittel zur Bekämpfung antifaschistischer Stereotype referiert. [8]

Mit dem 68er-Trauma und der Kritik der "Vergangenheitsbewältigung" geht bei Knütter auch eine explizite Revision seiner Rechtsextremismus-Analyse einher: Kulturpessimistisch-irrationale Positionen, Elitewusstsein und Kritik der Mehrheitsentscheidungen seien heutzutage nicht länger Charakteristika rechter Einstellungen, sondern ebenso auf der Linken anzutreffen. (1992a.: 86) Womit wohl auch ein »Dispens“ von allen früheren damit verbundenen Einwänden und Befürchtungen gemeint ist: nichts kennzeichnet Knütters heutige Diagnosen der Gegenwart treffender als die Begriffs-Trias Kulturpessimismus, kritische Einstellung zur Rationalität und Elite-Orientierung! Die Beschäftigung Rechtsextremismus wird immer offensichtlicher zum bloßen Vorwand, sich dessen Gegner in aller denkbaren Pauschalität vorzunehmen. Mit einer sprachlichen Enthemmung und der Übernahme von Stichworten der alten und neuen Rechten gehen bei Knütter alle Klischees einher, die die Untersuchung antidemokratischer Ideologien der Rechten seit den fünfziger Jahren zutage gefordert hat: die Wahrnehmung gesellschaftliche Komplexität als „Wirrwar“, der Ruf nach viel mehr Stabilität politischer Institutionen, Intellektuellenfeindlichkeit und pejorative Besetzung des Begriffs „Aufklärung“, die Furcht vor dem "Massenwahn" und die Begrenzung von politischen Hoffnungen auf Wenige, die rabiate Zurückweisung einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und nicht zuletzt eine gehörige Portion innen- und außenpolitischen Verschwörungdenkens. (vgl. u.a. 1992a, 1992b) Neben dem hilflosen (weil theorielosen) liberalen und christlichen Antifaschismus und den „rational kalkulierenden politischen Geschäftemachern“ kann er nur zwei Motivlagen des Antifaschismus ausmachen: Sadismus und Masochismus. „Die einen haben ein Vergnügen an der psychischen Terrorisierung anderer, erfreuen sich an deren Angst, Würdelosigkeit, ihrem Winden und Kriechen ... Beispiele für Masochisten findet man bei den Kindern ehemaliger Nationalsozialisten, die ihre eigene und die Vergangenheit ihrer Eltern diffamierend bewältigen.“ (1992b. 68f) Solche Ausflüge in psychologische Gefilde enden allerdings regelmäßig in der Banalität sowie der Anthropologisierung vorfindlicher Bedürfnisse: Jedem sein Feindbild, weil es sich ohne Abgrenzungen und Komplexitätsreduktion nun einmal nicht leben läßt!

Die persönlichen und organisatorischen Berührungspunkte des Autors zu Rechtsextremen mögen bescheiden sein (den „Persilschein“ zu Publikationen im Mut-Verlag liefert er vorsichtshalber selbst ab [9]) — seine Veröffentlichungen haben mittlerweile eine Schwelle zur aggressiven Propaganda überschritten. Ein bisher wirksamer bundesrepublikanischer Minimalkonsens immerhin scheint nämlich da verletzt, wo die seit dem 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation intensiviertere Auseinandersetzung mit der Nazi-Geschichte Deutschlands ausschließlich als „Bewältigungspropaganda“ und Kotau vor dem Ausland interpretiert wird, wo die Politik der Weltkriegs-Alliierten und die UNO (mittels der berüchtigten „Feindstaatenklauseln“) als Knebelung der Bundesrepublik interpretiert werden, wo von der Bundesrepublik im Stahlhelm / Nazi-Jargon als „System“ gesprochen wird [10] — oder auch hier noch nicht? Ganz im Stil der auf den „Baustellen des Revisionismus“ (Claus Leggewie) üblichen pseudonaiven Fragetechnik „Man wird ja wohl wenigstens noch fragen dürfen?“) kommen Knütters dreiste, immer wieder scheinbar unmotiviert eingestreute Bemerkungen über Juden daher: Sie seien in der intellektuellen Linken überrepräsentiert, die Rede von „unseren jüdischen Mitbürgern“ ist für ihn ein herausragendes Beispiel sachlich unzutreffender positiver Vorurteile und die Frage treibt ihn um, wieso eigentlich das Feindbild des Antisemitismus moralisch anders bewertet wird als dasjenige des Antifaschismus. (vgl. 1992a: 80, 1992b. 67ff). Nebenbei werden auch die Drahtzieher der „Deutschfeindlichkeit“ im Ausland (am Beispiel der USA) enthüllt: „Neben Juden sind es vor allem

Schwarze, die Bewohner der Ostküste, mit besonderer Häufung im Raum New York und der Neuenglandstaaten, aber auch in Georgia." [11] Die Möglichkeit, daß er mit solchen kleinen Tabuverletzungen die deadline politischer Protektion passiert, wird ihn vermutlich in seiner wahnhaft werdenden Weltsicht bestärken — der Anti-Antifaschismus ist mindestens so „selbstreferentiell“ wie der dogmatische Antifaschismus.

Rückhalt und Ausstrahlung

Die wissenschaftliche Karriere Knüters spielte sich fast vollständig an der Universität Bonn ab. Wir begegnen ihm 1970 in der Position eines Akademischen Rats, zur gleichen Zeit ist er politischer Mitarbeiter einer von Bonner Politologen im Auftrag der Bundeszentrale für Politische Bildung erstellten und verbreiteten „Bibliographie zur Politik in Theorie und Praxis«. Die Debatten der siebziger Jahre um die politische Bildung an Schulen führen ihn an die Seite der Kritiker der hessischen Rahmenrichtlinien und anderer emanzipatorischer Aufbrüche, die gegen BildungspolitikInnen und die damals vorherrschenden Tendenzen der Pädagogik das Bündnis mit der „positiv“ eingestellten Mehrheit der Bevölkerung suchen [12] — im Parteienstreit um die sogenannte Konfliktpädagogik wird er auch zum Mitautor einer Broschüre „Ihr Kind — morgen ein fanatischer Klassenkämpfer?“ Seit 1972 Professor für Politikwissenschaft, im Jahre 1993 Geschäftsführender Direktor und Vorstandsmitglied des Seminars für Politische Wissenschaft, handeln seine Lehrveranstaltungen, wie man es erwarten muß, von Demokratie und Parlamentarismus sowie z.B. — schon etwas individueller — von der Renaissance des Nationalen, der multikulturellen Gesellschaft und Südafrika.

Neben dieser unspektakulären Laufbahn hat er aber im Schatten der Regierungszentrale auch Funktionen übernommen, die eine außerakademische Relevanz haben. So ist er Anfang der achtziger Jahre Dauergast in den Publikationen des Bundesinnenministeriums — kein Wunder: Es sind seine Themen, die dort nach dem Regierungswechsel Konjunktur haben, es ist sein Ziel: Restabilisierung der "Streitbarkeit", das hier verfolgt wird. Die Reihe „Texte zur Inneren Sicherheit“, in der Regel Aufsatzsammlungen von Vertretern der Exekutive und der Wissenschaft, kommt ohne ihn nicht aus. Dieses unendliche Recycling derselben schlichten Thesen könnte ignoriert werden, wenn sich in der Publikation und ihrer „Ausstrahlung“ nicht eine Anerkennung und Unterstützung artikulieren würde, die zu denken gibt.

Mit Ausstrahlung ist z.B. gemeint, daß der Bundesverfassungsschutzbericht, jene jährlich veröffentlichte Ansammlung von „hoheitlichen Verrufserklärungen" (Jürgen Seifert), sich seit ca. 1983 für den Antifaschismus interessiert und seit 1987 die entsprechenden Stichworte von Knütter & Co. aufnimmt; unter „linksextremistischen Bestrebungen“ finden wir seither Daten über kommunistische, autonome und andere Aktionen in antifaschistischer Absicht. „Ein wesentliches Ziel der kommunistischen 'Antifaschismus-Kampagne' ist es, das antitotalitäre, gleichermaßen gegen rechts- wie linksextremistische Bestrebungen gerichtete Demokratieverständnis des Grundgesetzes auf einen nur 'antifaschistischen' Gehalt zu reduzieren und damit den Kommunismus hoffähig zu machen." [13] Neben Antimilitarismus, Antiimperialismus und den anderen Objekten der amtlichen Begierde wird damit ein neues Arbeitsfeld der Verfassungsschutzbehörden definiert, in dem Informationen gesammelt, über das „Erkenntnisse weitergegeben und das nicht zuletzt auch von erheblicher außenpolitischer Relevanz ist. Bündnisse, Kooperationen und Kontakte in diesem Themengebiet schaffen damit neue Möglichkeiten der „Kontaktschuld“ — die entsprechenden Formulierungen des Verfassungsschutzberichts lesen sich wie Extrakte der referierten Knütter-Thesen. Zwar hat die angesichts des „Realsozialismus“ kritische Neue Linke immer eine gewisse Rest-Naivität gegenüber den stalinistischen Strategien in Europa und der Bundesrepublik bewahrt, doch die Schaubilder aus dem Bundesinnenministerium, die wie die Zwangsvorstellungen stalinistischer Apparate jegliche Grauzonen vermissen lassen, „Spinnennetz"-Schemata, in deren Zentrum selbstverständlich das Zentralkomitee der KPdSU sitzt (und an deren Rand eine wie auch immer bestimmte „Antifaschismus-Kampagne“ angesiedelt ist [14]), sollten weiterhin im Gebiet

der politischen Neurosen abgehandelt werden.

In der Reichweite des Bundesinnenministeriums residiert auch eine Bonner Institution, die in Publikationen und anderen Dienstleistungen eine der wenigen Kompetenzen des Bundes im Bildungswesen artikuliert und gelegentlich als Einrichtung eines „positiven Verfassungsschutzes“ bezeichnet wird: die Bundeszentrale für politische Bildung. Hier tobten seit den siebziger Jahren viele der Schlachten um kritische und staatsnahe Erwachsenenbildung, und die meisten dieser Kontroversen hatten auch eine personalpolitische Seite. Einen Höhepunkt der Auseinandersetzung bildete die Kritik der populären Massenzeitschrift „PZ“; die inhaltliche Kritik wurde im April 1974 flankiert durch Enthüllungen des Bundes Freiheit der Wissenschaft, genauer gesagt des Bonner Politikwissenschaftlers Knütter: Vier Extremisten seien in der Redaktion der Zeitschrift beschäftigt, was ein schlagendes Beispiel für den Marsch der APO durch die Institutionen sei. Angesichts der Wolkigkeit der meisten Vorwürfe (amnestierte Demonstrationsdelikte, Mitgliedschaft in sozialistischen Studentenzirkeln, Wohngemeinschaften) kam es zur Kündigung nur eines Beschuldigten, aber auch zur Überprüfung aller 386 zu dieser Zeit laufenden Werkverträge der Bundeszentrale. [15] Der Verdacht, daß dieser Vorgang auf universitäre Kontroversen zwischen den Beteiligten zurückging, wird auch durch andere Mitteilungen über den Diskurs am Bonner Seminar für politische Wissenschaft gestützt: Knütter scheint zu jener Sorte Hochschullehrer zu gehören, die mit einem Elefantengedächtnis sozialistische Studentenpolitiker von der universitären Lehrtätigkeit fernzuhalten bemüht sind und Strafanzeigen für angemessene Reaktionen auf Sit-ins und Vorlesungsrezensionen halten.[16] Die Aktion von 1974 war anscheinend eine Berufung zu Höherem wert: In den achtziger Jahren begegnen wir H.-H. Knütter als Herausgeber mehrerer Sammelbände der Bundeszentrale für politische Bildung, 1985 wird er — im Kontext umfassender „Wende“-Manöver und anstelle des manchmal etwas zu unabhängigen Konservativen Manfred Hättich — in den Wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale berufen, dem er bis 1990 angehörte.“ Aber erwähnenswert ist auch, daß die neueren — von seinem Verein „Werkstatt für Politische und Soziale Bildung“ veröffentlichten — Kampfschriften in einer Reihe erscheinen, die offiziös „Studien und Berichte aus dem Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn“ heißt.

Knütter ist — wie schon angedeutet — nicht der einzige gestandene Politikwissenschaftler, der beim Thema „Antifaschismus“ das Maß politischer Einschätzungen vollends verliert; sein Weggefährte Klaus Hornung, Hochschullehrer in Hohenheim und Reutlingen, ebenfalls bei der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU und in vielen rechten Zirkeln und Zeitschriften präsent und dem Dunstkreis des Filbinger-Studienzentrums Weikersheim zuzurechnen, sah 1989 die alte Bundesrepublik kurz vor dem Untergang, weil alle politischen Funktionäre — die der Union eingeschlossen — dem Antifa-Denken aufsäßen: „Der Wind jahrzehntelanger volkspädagogischer Vergangenheitsbewältigung . . . hat diese Köpfe leergeblasen, so daß sie darauf wie der Pawlowsche Hund reagieren. Wieder einmal ist das ‚bürgerliche Lager‘ dabei, die politische Macht zu verspielen, und die Bundesrepublik droht zu einem Reduit zu werden, in dem die letzten ‚antifaschistischen‘ und grünen Marxisten und Leninisten als die vielleicht doch besseren Demokraten gehätschelt und antitotalitäre Konservative und Liberale als ‚Faschisten‘ verunglimpft werden.“ [18] Allerdings muß Hornung sich wegen seiner These, daß der Antifaschismus ein „Instrument geistiger Besatzungsherrschaft“ gewesen sei, von der FAZ in der dortigen feinen Manier bescheinigen lassen, daß sich der Ideologiekritiker dem Ideologen näherte. [19]

Am gleichen Ort ist es selbstverständlich aber auch weiterhin möglich, „den“ Antifaschismus als Intellektuellenverschworung und Destabilisierungsideologie zu verstehen — dies hat offenbar seinen Reiz für die verschiedensten konservativen Zeitgenossen: Erwin K. Scheuch schlägt vor, den Rechtsradikalismus als eine Chimäre aufzufassen — „durch den größeren Teil der Kulturintelligenz immer am Leben erhalten“, und Ende August 1991 raunt ebenda der Extremismus-Papst Jesse, die frühen neunziger Jahre würden später möglicherweise einmal als Inkubationszeit eines „Anti Antifaschismus“ gelten. [20]

Das Thema weckt aber nicht nur bei etablierten Medien und staatstragenden Institutionen wie dem Innenministerium Interesse, auch die Neue Rechte wittert selbstverständlich Morgenluft: Die Kritik der vermeintlich von Linksintellektuellen und Stasi angezettelten „Vergangenheitsbewältigung“ im Insiderjargon gern als „VB“ verkürzt) — schon immer das Thema der alten Rechten á la National- und Soldatenzeitung — wird in ihrer etwas verfeinerten Form geradezu zum Vereinigungsparteitag von

etablierten ultra-konservativen Denkern wie Hornung, Unions-Rand-Strategen á la Heinrich Lummer und der Neuen Rechten, z.B. während der „Sommeruniversität 1993 « der Zeitung „Junge Freiheit“.[21] Die eindeutigen Motive der äußersten Rechten sollen in diesem Zusammenhang nicht weiter interessieren, aber wo die Wurzeln der Perseveranz und Aggressivität liegen, mit der ehemals Liberalkonservative diese Revisionen (oder wie sie formulieren würden : Rekonstruktionsversuche eines verschütteten antitotalitären Konsenses) betreiben, muß gefragt werden: Die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ hat jahrzehntelang als schützende Decke über den Konstellationen der dreißiger Jahre gelegen — ein Harzburg-Trauma des Konservatismus scheint mir am Werk zu sein, die Kränkung, im Gegensatz zu anderen demokratischen Partei-Strömungen keine unangefochtene Traditionslinie vorweisen zu können. An dieses Trauma ist in der Geschichte der Bundesrepublik erstaunlich selten gerührt worden. [22]

Staatlich geförderte „Brücken“

Muß einen das interessieren? Was ist aus diesem Fall eines wankelmutigen Sängers der wehrhaften Demokratie abzulesen für die politische Entwicklung der Bundesrepublik? Gibt es Gründe, diese Publizistik, die einem im wesentlichen in Broschüren des Innenministeriums, marginalen Postillen und im Selbstverlag begegnet, ernstzunehmen?

Die Knütterschen Fanfarenstöße — daß nun auch er das Joch der Nachkriegstabus, des Opportunismus und der „Bekanntnisse der Gesinnungstüchtigkeit“ abschütteln wolle (1991b: 6) — sind epigonal, all dies ist früher, elaborierter, intelligenter (und unterhaltsamer) von den Mohlers, Schrenck-Notzings und Kaltenbrunners geschrieben worden. Es ist die sich verstärkende Koinzidenz der Themen, Thesen und Motive mit denen des rechtsextremistischen Lagers sowie der institutionelle Rückhalt und Einfluß Knütters, die derlei bedeutsam deusam machen. Über das Brücken-Spektrum zwischen Neonazis und Konservativen erschienen in den letzten Jahren vielfältige Analysen und Warnungen [23] — sie haben zur Eindämmung der Entwicklung wenig beigetragen. In der Frage des Antifaschismus schießen so viele Motiv- und Argumentationsstränge der zerstrittenen rechten Zwerge zusammen, daß Knütters Ausfällen in all ihrer Schlichtheit eine strategische Schlüsselrolle zufällt: Die schleichende Enttabuisierung der Judenfeindlichkeit, die Reduzierung der bundesdeutschen „Vergangenheitsbewältigung“- Skandale auf DDR-gelenkte Destabilisierung (als habe es auf diesem Gebiet nur Stasi-Fälschungen gegeben), die Hetze gegen „nationalmasochistische« Intellektuelle, der beiläufige Faschismus-Verdacht gegen die Partei der Grünen, die Rehabilitierung des Gefühls als ausreichende Orientierungsbasis für die „Massen“, die aggressive Zurückweisung linker Liberalitätsforderungen, die Bemühung um kulturelle und sprachliche Hegemonie im Sinne eines rechten Gramscianismus — all dies eint die Weikersheimer Christnationalen, die Lesezirkel der „Jungen Freiheit«, die Deutschland-Stiftung und die REP Intellektuellen sowie die pensionierten Generäle, die als Ersatz-Remers durch die Wirtshaus-Säle ziehen. Und mit der Revision des Perspektivenwechsels, den Weizsäcker 1985 im Hinblick auf das Kriegsende artikulierte, d.h. mit einer spezifisch „deutschen« Sicht auf den 2. Weltkrieg und der Ausblendung seiner nichtdeutschen Opfer, mit Antiamerikanismus, „Antiwestlertum“ und dem Abschütteln der lästigen „moralisierenden Volkspädagogen“, mit der Beschwörung „kultureller kultureller Fremdheiten“ als Hindernis des Multikulturalismus, mit dem Lob der Sekundärtugenden und der Verachtung des Feminismus bewegen sich all diese Grüppchen auf einen subkutanen Konsens mit nennenswerten Teilen der politischen Eliten und der Bevölkerung zu, die aus den verschiedensten Gründen nach dem Kitt für die beiden Gesellschaften in einem Staat und sicheren Eckchen in der „Risikogesellschaft“ suchen. Nicht nur für Ideologie- und MedienkritikerInnen sind diese Übergänge vom "Unbehagen in der Moderne" zu Haßtiraden von Belang — wahlpolitische und andere Folgen stehen vor der Haustür.

Das „Geheimnis“ von Knütters Argumentation hegt in der gezielten Vermischung und Verwischung mehrerer, miteinander zusammenhängender Themen: der DDR-Staatsreligion „Antifaschismus“, die gegen Alt- und Neurechte gerichteten Bündniskonzeptionen von Kommunisten und Sozialisten sowie die

Auseinandersetzungen um den Stellenwert der Nazi-Vergangenheit für heutige politische Identitäten und Konzepte in Deutschland. Trotz der stereotypen Beteuerung, die Lage nach 1989 besonders zu würdigen, sind die skizzierten Argumentationen ein Musterbeispiel alter, der Blockkonfrontation verhafteter Reflexe; die neue Chance, die Schwierigkeiten der DDR und der BRD im Umgang mit den NS-Verbrechen nunmehr gerade in ihrer wechselseitigen Verklammerung zu erhellen, hat dieser Wissenschaftler nicht einmal als Herausforderung wahrgenommen — geschweige denn diese bestanden.

Ungeachtet aller verquetschten Dementis, der Rechtsextremismus solle nicht kleingeredet werden (vgl. 1988a: 96 und 1992a: 97ff), trägt Knütter durch seine Publikationen gezielt zur Eingemeindung rechtsradikaler Argumente in den Kreis demokratischer Positionen bei. Daß Hans-Helmuth Knütter unter Zuhilfenahme von Freund-Feind-Schemata und Pathologisierung ein letztes Gefecht gegen den Antifaschismus als „Schrumpfform“ des Kommunismus herbeiphantasiert, daß er seiner Kritik linker Torheiten und Wahrheiten implizit und explizit eine manichäische Weltsicht und vormoderne Sehnsüchte zugrundelegt, und nicht zuletzt seine rabiaten Ausgrenzungsversuche markieren eine unübersehbare — intellektuelle wie moralische — Regression unter das Niveau liberaler Kommunismuskritik und auch mehr als die Rückkehr eines kämpferischen Konservatismus; die „ausgewogene Streitbarkeit“ ist angesichts unübersichtlicher und instabiler Verhältnisse zu empirieresistenten Einkreisungsgefühlen, Bedrohungsszenarien und Feinderklärungen früherer Jahrzehnte zurückgekehrt. Jeder Schrecken über die Realität nationalsozialistischer Mordherrschaft und aktueller barbarischer Anwendungen ist hier im tagespolitischen Eifer abhanden gekommen, Konventionalismus und starker Staat sollen die Einkehr in den Kreis normaler Nationen gegen irritierende Erinnerungen und Vergleiche schützen.

„Antifaschistische Appelle sind geeignet, Bündnisse zu begründen, die ohne das Argument, es gelte den Anfängen zu wehren, ehe es — wie schon einmal in der deutschen Geschichte — zu spät sei, nie zustande kämen. Unter dem großen moralischen Deckmantel des Antifaschismus bemüht sich der verfassungsfeindliche Linksradikalismus, salonfähig zu werden. Die geringen rechtsradikalen Aktivitäten sind somit geeignet, eine Grauzone zu schaffen, in der Demokraten und Demokratiefeinde in eine Verbindung treten, die auf die Dauer das geistig-politische Klima der Bundesrepublik negativ verändern kann: " (1981: 248) Wenn dieser Kritik ein partieller Realitätsgehalt zugestanden werden muß, wenn das Thomas Mann zugeschriebene Wort vom Antikommunismus als „Grundtorheit unserer Epoche“ auch einen Schatten politischer Naivität geworfen hat, in dem (weit über die Zeiten der Anti-Hitler-Koalition hinaus) zuviel Toleranz gegenüber dem Stalinismus möglich war, so ist doch die Erfahrungssubstanz dieses vielzitierten Satzes (und damit die Antithese zu Knüters Befürchtungen), die seit den dreißiger Jahren vorliegende Geschichte „antibolschewistischer“ Bündnisse in Europa, nicht zu vernachlässigen: die Angstpropaganda gegen Liberalität, Grundrechte und Pluralismus, die „Gemeinsamkeit der Antikommunisten“ können Demokratiezerstörend sein. Diese Wiederkehr deutschnationaler Stimmungslagen ist, ohne in Überschätzungen und spiegelbildliche Verschwörungstheorien zu verfallen [24], ernstzunehmen. Eine linke Kopie demokratie- und grundrechtsverkürzender „Wehrhaftigkeit“ und „Prävention“ sowie ihrer über simples Strafrecht hinausgehenden Instrumente Benennungsverbote, Sippenhaft, Rädelsführer-Konstruktionen, Berufsverbote z.B. führt da nicht weiter, weil die auf Verwaltung, politische Justiz und ausgrenzende Etikettierung institutionell verengte „Streitbarkeit“ diesen Ausfransungen nicht Einhalt gebieten kann — eben sowenig wie der Antifaschismus des Modells „Straßenschlacht“.

„Demokratische Streitbarkeit ist kein Verwaltungsakt, sondern eine Angelegenheit lebendiger Kommunikation« [25] und daher sind landauf, landab Hunderttausende in Vereinen und Initiativen, Gewerkschaften, politischen Vertretungen und Medien gefragt, ihre Argumente und Konfliktbereitschaft gegenüber kleinen, einflussreichen Pressure groups zu überprüfen — unter welchem Etikett, ist zweitrangig.

1 Die Nachweise — so nicht anders ausgewiesen — beziehen sich auf Schriften von Hans-Helmuth Knütter.

2 Zur seriösen Kritik des DDR-Gedenkens an den Nationalsozialismus vgl. etwa: Michael Zimmermann, Der antifaschistische Mythos der DDR, in: Mythos Antifaschismus, Ein Traditionskabinett wird kommentiert, hg. vom Kulturamt Prenzlauer Berg und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Berlin 1992, 135-142, sowie Olaf Groehler, Antifaschismus — vom Umgang mit einem Begriff, in: Ulrich Herbert/ders., Zweierlei Bewältigung, Hamburg 1992, 29-40. Zur (Selbst-)Kritik antifaschistischer

Pädagogik vgl. : Peter Dudek, Antifaschismus: Von einer politischen Kampfformel zum erziehungstheoretischen Grundbegriff, in: Zeitschrift für Pädagogik, 36.Jg., Heft 3/ Mai 1990, 353-370 (und frühere Arbeiten des Autors!). Zum Problem der Reflexe von Übertreibern und Verharmlosern gegenüber rechten Jugendlichen s. z.B. Bodo Morshäuser, Hauptsache Deutsch, Frankfurt/M. 1992, bes. 117ff. Zur allgemeinen Kritik antifaschistischer Ideologie: Antonia Grunenberg, Antifaschismus — ein deutscher Mythos, Reinbek 1993

3 Ähnlich schon in „Mut“ Nr. 278 (1990). Knütter gehört selbstredend zu den Menschen, die unser Staatswesen nie unziemlich als „Bundesrepublik“ oder gar als »BRD“ ansprechen würden.

4 Friedrich Karl Fromme, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, Tübingen 1960, 176f.- Auch Praktikern des Verfassungsschutzes sind solche Skrupel nicht völlig fremd, vgl. H. Joachim Schwagerl, Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1985, S. 22ff. Zur Kritik einer substantialisierten Wehrhaftigkeit des Grundgesetzes, die alle verfassungsrechtlichen Strukturprinzipien überwölbt, vgl. mit unterschiedlichen Akzentuierungen: Ulrich K. Preuß, Legalität und Pluralismus, Frankfurt/ M. 1973, bes. 21ff. und Jürgen Seifert, Haus oder Forum. Wertesystem oder offene Verfassung, in: Jürgen Habermas (Hg.), Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, Bd. 1, Frankfurt/M. 1979, 321-339. Als Problem-Überblick:

Hans-Gerd Jaschke, Streitbare Demokratie und innere Sicherheit, Opladen 1991, bes. 112ff. und 298ff.

5 Jaschke, a.a.O., S. 45

6 vgl. Hans Fisch /Hans-Hedmuth Knütter/Christoph Rothkegel, Sozialwissenschaften, Bd.II und Knütter 1991c: 7ff. und 87ff. (ähnlich auch in „Mut“ Nr. 278, Oktober 1990, 45-52). Völlig mühelos überspringt Knütter hier den von Leggewie ausgemachten „Rubikon“ zwischen konservativer West-Bündnistreue und echten deutschnationalen Positionen, der den meisten Unions-Dissidenten und Vierte-Partei-Aspiranten so viel Bauchschmerzen bereitet (vgl. Claus Leggewie, Der Geist steht rechts, Berlin 2/1989, 228f.). Laut Mut - Verlagsprospekt bescheinigte der "Eichholz-Brief", Zeitschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung, dem Bändchen, den Zusammenhang von deutschfeindlichen Äußerungen und Interessenkalkülen „nüchtern und sachlich“ herauszuarbeiten.

7 Knütter 1988b:135. Der kontextbewußte Autor läßt in diesem Satz> wenn sein Schreibautomat ihn in einen vom Innenministerium gesponsorten Text einfügt, vorsichtshalber das Wort „widerwärtig“ aus —

8 Knütter 1990: 103f. (Zum Skandal um „Nacht und Nebel“ vgl. auch: Wolfgang Kraushaar, Aus der Protest-Chronik, in: Mittelweg 36, Heft 4/1993, 62-64)

9 Dort schreiben „demokratische Politiker, konservative Publizisten und Hochschullehrer“ und bedeutende Vertreter von CDU, SPD und Regierung, so daß die „Berührungängste“ abnahmen, die „Anpassung an einen gewandelten Zeitgeist gelungen“ ist und „nationalkonservative Positionen diskussionswürdig“ wurden; vgl. Knütter 1988a, 68f. und Andreas Zehnter, Antifaschismus im politischen Tageskampf, in: Knütter (Hg.), 1991 — s. Anm.4, 24-76, hier: S. 55ff. — daran ist richtig, daß das Autoren-Spektrum mittlerweile neben Unionsvertretern und Ex-Liberalen wie Scheuch und Wassermann auch Politiker wie EPpler, von Oertzen und Jens Reich umfaßt. Was persönliche Aktivitäten angeht, so äußern ein Offener Brief aus Bonn und eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Appel (Grüne) im nordrhein-westfälischen Landtag den Verdacht, ein von Knütter betreuter studentischer Arbeitskreis an der Bonner Universität habe bis 1991 systematisch rechtsextremistische Referenten wie David Irving und Hans-Dietrich Sander eingeladen — wovon sich Knütter distanziert hat (vgl. Frankfurter Rundschau vom 15.7.1993 und 30.9.1993 sowie Landtags-Drucksache 11 /5899 vom 20.8.1993).

10 vgl. Knütter 1991c, insbesondere 150; Knütter 1992a, 80. Knütter hat sich über aus dem Zusammenhang gerissene Zitate beklagt (s. seinen Leserbrief an die Frankfurter Rundschau in der Ausgabe vom 30.9.1993 sowie Heinz Lang, Einer gegen alle Linksextremisten, m; die tagesze>.tung vom 7.9.1993) — hier ist es der deutschnationale Kontext, der die Rede vom „System“ eindeutig macht als Propaganda, nicht als

soziologischen Jargon.

11 vgl. Knütter 1991c, 80f. — In der Schwäche für originelle Quellen (hier ein Typoskript des Bundespresseamts über eine Meinungsumfrage in den USA 1969) nähert sich Knütter seinen zweifelhaften Bündnispartnern an. Was von der Methode solcher scheinbar sachlichen Mitteilungen zu halten ist („Niemand kann behaupten, daß in dieser Notiz ein antisemitisches Wort steht: ")), ist nachzulesen bei Knütter 1966b, 5 und 16.

12 Im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung wurden von Knütter u.a. mitherausgegeben: Der Streit um die politische Bildung, Was man von Staat und Gesellschaft wissen und verstehen sollte, München 1975; Die realistische Wende in der Politischen Bildung, München 1979

13 Verfassungsschutzbericht 1987, hg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1988, 41

14 Der Bundesminister des Innern, Kommunistische Frontorganisationen im ideologischen Klassenkampf, Bonn 3/ 1985, nach 5.32

15 vgl. Benedikt Widmaier, Die Bundeszentrale für politische Bildung, Frankfurt/M. 1987, 130ff., eine andere Version der Geschichte erzählt: Giselher Schmidt, Demontage der Freiheit, Hamburg 1976, 75ff.

16 so wenigstens die Zeitung der Bonner Fachschaft Politologie „Politicum“, Ausgaben 4181, 1/82 und 6/83

17 vgl. Widmaier, a.a.O. — Knütter verantwortete für die Bundeszentrale u.a. die Bande „Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“ (1984) und „Bibliographie zur Politischen Bildung“ (1985).

18 in: Criticon Nr. 113 (1989), 105

19 s. Diethard Hennig, Messianismus und Totalitarismus (eine Rezension des Hornung-Buchs „Das totalitäre Zeitalter“) in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.7.1993, 9

20 vgl. Erwin K. Scheuch, Niemand will gern zur Minderheit gehören. Rechtsradikalismus und Fremdenhaß — zwei deutsche Chimären, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.2.1993, 29, sowie: Eckhard Jesse, Streitbare Demokratie im Wandel, in: FAZ vom 28.8.1991, 12f.

21 Lummer greift das Stichwort auf in: Criticon Nr. 115 (1993), 181f. . Hornung referierte auf der I. J. F.-Sommer-Universität in Ravensburg über die Gefährlichkeit der „linkstotalitären Ideologie“ Antifaschismus am Beispiel des Filbinger-Sturzes — vgl. Friedrich von Lodenitz, Konservative Genossenschaft, in: Junge Freiheit, September 1993, 6

22 Eine Ausnahme war die als Entgleisung gewertete Äußerung des damaligen Bundesfinanzministers Alex Moller 1970 im ' Bundestag, die zum rororo-Bändchen „17 Millionen beleidigte Deutsche“ führte (vgl. Imanuel Geiß, Alex Möller und die historischen Tatsachen, in: Frankfurter Rundschau vom 18.10.1970

23 vgl. als Überblick: Franz Greß, Neue Rechte. Zur ideologischen Erneuerung der Rechten in Europa in: Forschung Frankfurt. Wissenschaftsmagazin der J.W.Goethe-Universität Frankfurt/M., Heft 1 / 1993, sowie Leggewie, a.a.O.

24 Wie um solche Ideen eines offensiven Ideologiekartells zu befördern, hat das Lektorat des von Habermas und Hans Mommsen als Generalstab des neueren Geschichts-Revisionismus ausgemachte Lektorat des Ullstein Verlags für den Oktober 1993 ein „neues“ Werk von H.H. Knütter angekündigt: „Die Faschismuskeule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken“! — vgl. Otto Köhler, Ein deutscher Verlag, in: Konkret, Heft 101/1993, 57-59

Nachweise

- Knütter 1961: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, 1961
- Knütter 1965: Die Linksparteien, in; Werner E. Mosse (Hg.) Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen, 323-345
- Knütter 1966a: Demokratische Institutionen in der Sicht rechtsradikaler Kreise, in: Politische Vierteljahresschrift, VII. Jg., 189-207
- Knütter 1966b: Die Deutsche National- und Soldaten-Zeiteng 1965 /66, hg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, o.0.,o.J.
- Knütter 1967: Der Rechtsradikalismus, in: Neue Politische Literatur, 12. Jg., 86-95
- Knütter 1971: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik, Düsseldorf
- Knütter 1981: Hat der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland eine Chance?, in: Der Bundesminister des Innern (Hg.), Verfassungsschutz und Rechtsstaat. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, Köln, 237-253
- Knütter 1984 (Hg.): Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Knütter 1985 (HS.): Bibliographie zur Politischen Bildung, Bonn
- Knütter 1987a: . Antifaschismus und Politische Kultur m der Bundesrepublik Deutschland m. Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen /Hans-Helmuth Knütter/ Hans-Peter Schwarz (Hg.), Demokratie und Diktatur. Festschrift für Karl-Dietrich Bracher Düsseldorf, 365-382
- Knütter 1987 b: Antifaschismus als Mittel der Destabilisierung der Bundesrepublik Deutschland in: Fragen zur Zeit. Aus dem Vortagsprogramm 1986/87. Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft, Hamburg , 51-68
- Knütter 1988a: Hat der Rechtsextremismus Inder Bundesrepublik Deutschland eine Chance? Bonn Knütter 1988b: CDU/CSU und Antifaschismus. Eine Partei in Verlegenheit in: Criticon Nr.107, 135-138 Knütter 1989: Das Instrumentarium der ‚streitbaren Demokratie‘ am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, in: Der Bundesminister des Innern (Hg.), Demokratie und politisch motivierte Gewalt, Bonn, 69-92
- Knütter 1990: Internationale Antifaschismuskampagnen und ihre Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium des Innern (Hg.),Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Bonn, 83-111
- Knütter 1991a: Antifaschismus und Politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung, in: aus Politik und Zeitgeschichte B 9191, 17-28
- Knütter 1991b: Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel, in: ders. (Hg.) Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel, Bornheim, 7-23
- Knütter 1991c: Deutschfeindlichkeit. Gestern, heute und morgen..?., Asendorf
- Knütter 19914: Rationalität und Irrationalität in unserer Zeit — Ein Beitrag zur Ortsbestimmung in der Gegenwart, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hg.),Rationalität und Emotionalität in der politischen Bildung, Stuttgart 25-36
- Knütter 1992a: Die Linke und der Rechtsextremismus, in: Der Bundesminister des Innern (Hg.), Verfassungsschutz — Rechtsentwicklung — Bekämpfung des Extremismus, Bonn, 77-99
- Knütter 1992b: Sozialpsychologie des Antifaschismus, in: Hans Filbinger, Heinz Karst (Hg.), Identität und Zukunft der Deutschen. Klaus Horneng zum 65. Geburtstag, Frankfurt/ M., 67-77
- Fisch /Knütter: Freiheit? Aber sicher! Wege zur wehrhaften Demokratie, hg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1989

Abgerufen am: 06.07.2022